

Inhaltsverzeichnis

RFW lehnt "Papamonat" entschieden ab!	Seite 1
Mehrwertsteuer auf Medikamente ist sofort abzuschaffen!.....	Seite 2
VP Krenn fordert sofortige Rücknahme der Mineralölsteuererhöhung!	Seite 2
BO Amann lehnt Vermögenszuwachssteuer entschieden ab	Seite 3
RFW-Burgenland: Nivellierungspolitik für Koalitionseinigung	Seite 3
Rauchverbot: Entzündet sich an der nächsten Zigarette ein neuer Koalitionsstreit?.....	Seite 4
Personelles - Jung-Kommerzialrat Hermann Fichtinger.	Seite 4
Abg. z. NR Bernhard Themessl - Vorstellung des neuen Wirtschaftsprogrammes	Seite 5

BO Amann: RFW lehnt "Papamonat" entschieden ab!

Utl.: Schluss mit sozialromantischen Träumen auf dem Rücken der Wirtschaft!

Den Plänen der Bundesregierung nach Einführung eines so genannten „Papamonats“ erteilt der RFW-Bundesobmann und freiheitliche Wirtschaftssprecher im Vorarlberger Landtag, KommR Ing. Fritz Amann, eine klare Absage. In Zeiten des ausgetrockneten Facharbeitermarktes ist das eine gefährliche Drohung an die Wirtschaft, die sich ohnehin schon enorm anstrengen muss, damit der Konjunkturaufschwung wenigstens einigermaßen gehalten werden kann.

Amann dazu: „Dieser wirtschaftspolitische Wahnsinn kann nur Systemerhaltern einfallen, die im geschützten Bereich tätig sind und aus Steuermittel finanziert werden, wie dies bei Grün und Rot hauptsächlich der Fall ist. Wer sich nie dem Wettbewerb am freien Markt stellen musste, der soll sich ruhig verhalten und sich nicht in Dinge einmischen, von denen man keine Ahnung hat. Übrigens hat die Wirtschaft auch in diesem Bereich längst ihre Hausaufgaben gemacht und in Form von einem Sabbatical die Möglichkeit betriebsintern geschaffen. Da braucht es keine gesetzliche Regelung, die dann genau so ein Rohrkrepiierer ist, wie die Elternkarenz.“

Diese Sozialträumerei auf Kosten der Wirtschaft gehört ein für alle Mal eingestellt. Außerdem gibt es wichtigere Dinge, für die sich diese Bundesregierung einsetzen sollte. Da wären die Steuerreform, die zu einer echten Stärkung der Kaufkraft führt, die Sanierung des maroden Gesundheitssystems, sowie die Bekämpfung der Inflation wohl wichtiger, als das sozialromantische Hirngespinnst des „Papamonats“.



Die Bundesregierung, die bisher in allen Belangen kläglich versagt hat, soll wenigstens jetzt die Wirtschaft in Ruhe lassen. Am meisten hilft sie den Menschen im Land, wenn sie weiter untätig bleibt, damit nicht noch mehr Schaden an der Volkswirtschaft angerichtet wird, denn alles kann die Wirtschaft nicht ausbügeln, was Gusenbauer & Co in ihrer Legislaturperiode vermurkst haben, so der RFW-Bundesobmann, KO KommR Ing. Fritz Amann, abschließend. OTS-Meldung, 26.2.2008



BO Amann: Mehrwertsteuer auf Medikamente ist sofort abzuschaffen!**Utl.: Medikamentenvertrieb über Ärzte ist ein Schlag ins Wasser!**

Wer ernstlich bei den Medikamenten einsparen will, muss nur die 20prozentige Mehrwertsteuer abschaffen, da sie die einzig überproportionale Kostenkomponente am Packungspreis ist, so RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann in einer ersten Reaktion zur Ärztekammerforderung eines Medikamentenvertriebes durch die Ärzte, mit einer vermuteten Einsparung von 130 bis 230 Millionen Euro pro Jahr.

Eine IPF-Studie (Institut für Pharmaökonomische Forschung) bescheinige Österreich im internationalen Vergleich relativ niedrige Medikamentenpreise. Betrage der durchschnittliche Packungspreis in Österreichs Apotheken 17,24 Euro, liege der EU-Spitzenpreis in Dänemark bei immerhin 32,31 Euro. Auch die jährlichen Arzneiausgaben pro Kopf liegen bei uns bei 326,28 Euro. Das sind um elf Prozent oder 41,7 Euro weniger als im Schnitt der EU-15, so Amann weiter.

Bei einem Anteil von lediglich 12,7 Prozent an den gesamten Gesundheitsausgaben gleichen die propagierten Einsparungen bei Medikamenten angesichts dieser aktuellen Zahlen eher einem Schlag ins Wasser.



Würden hier vier bis fünf Prozent eingespart, wäre der notwendige Effekt immer noch viel zu gering. So gesehen ist unsere Forderung nach Abschaffung der zwanzigprozentigen Mehrwertsteuer auf Medikamente ein dringendes und nachhaltig wirkendes Gebot der Stunde, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 18.3.2008

WKÖ-VP Krenn fordert sofortige Rücknahme der Mineralölsteuererhöhung!**Utl.: Spritpreise - Gefährdung für den Wirtschaftsstandort Österreich**

Die massiven Erhöhungen der Treibstoffpreise in den letzten Monaten sind laut WKÖ-Vizepräsident und stellvertretendem Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW), Matthias Krenn, für die Wirtschaft untragbar:

„Dass in unserem Land die Treibstoffpreise im Februar fast doppelt so hoch angestiegen sind wie im Durchschnitt der EU-Zone, ist mehr als alarmierend und gefährdet den Wirtschaftsstandort Österreich! Deshalb fordern wir vom RFW als ersten Schritt die sofortige Rücknahme der Mineralölsteuererhöhung, welche bekanntlich im letzten Jahr von der großen Koalition beschlossen wurde!“

Für betroffene Berufsgruppen, wie beispielsweise die heimischen Frächter oder Handelsreisende, ist es wenig nachvollziehbar, dass in unserem Land die

Treibstoffpreise dermaßen überdimensional steigen, nämlich um einiges stärker als in der übrigen EU-Zone: „Ein Plus von 23,6 Prozent im Jänner und im Februar 24,6 Prozent - im Rest der EU waren es vergleichsweise 15 Prozent im Jänner und 14 Prozent im Februar - belastet den Wirtschaftsstandort Österreich weit über Gebühr und ist nicht argumentierbar.“



Deshalb fordere ich und der gesamte RFW die Regierung auf, als erste Sofortmaßnahme die Erhöhung der Mineralölsteuer mit sofortiger Wirkung zurückzunehmen“, bekräftigt Krenn seine Forderungen abschließend.

OTS-Meldung, 18.3.2008



BO Amann lehnt Vermögenszuwachssteuer entschieden ab!**Utl.: "Vergreift Euch nicht am Mittelstand, denn er zahlt schon zuviel für unser Land!"**

Als steuerpolitische Bankrotterklärung bezeichnet der RFW-Bundesobmann und freiheitliche Wirtschaftssprecher im Vorarlberger Landtag, Ing. Fritz Amann, die Vorschläge zur Einführung einer Vermögenszuwachssteuer.

Amann dazu: „Unter der Führung dieser Regierung wird das Unternehmen Österreich noch zu einem Sanierungsfall. Obwohl Rekordeinnahmen aufgrund der noch guten Konjunktur bei den Steuereinnahmen erzielt werden, steigen die Staatsschulden stetig. Für den Rekordschuldenstand von 164 Milliarden Euro muss der Steuerzahler heute schon 7 Milliarden Euro jährlich für den Zinsendienst aufbringen. Anstatt das Budget zu sanieren, wurden im Bereich Gesundheit und Verwaltung weitere Milliarden an öffentlichen Geldern verschleudert und das, obwohl auch in diesem Bereich dauernd die Abgaben erhöht werden. Anstatt aber mit neuen Rezepten den Steuerbelastungswahnsinn im Lande zu bekämpfen, werden wieder nur neue Quellen angezapft, die unserem schwindenden Mittelstand auch noch das letzte Hemd ausziehen und diese Perversität lehnt der RFW entschieden ab.“

Faktum ist, dass letztlich nur noch 9 Prozent der Leistungsträger in diesem Land für 50 Prozent des Steueraufkommens sorgen. Diese Gruppe liegt schon jetzt durch völlig überzogene Steuerleistungen in der „finanzpolitischen Intensivstation“ dieser bürgerfernen Koalition. Jetzt ziehen Gusenbauer und Molterer mit dem kaltschnäuzigen Zugriff auf deren Vermögen auch

noch den letzten Stecker zur Überlebensmaschinerie der steuerzahlenden Arbeitnehmerschaft. Das geht eindeutig zu weit, schließlich wird über die KEST und die Spekulationssteuer ohnehin schon ohne Ende eingenommen. Da brauche es keine neuen Abzockermethoden, so der RFW-Bundessobmann.



Dieser Vorschlag ist auch kontraproduktiv, da er alle innovativen Modelle der Mitarbeiterbeteiligung verhindert. Welcher Arbeitnehmer hat noch Interesse, sich über Aktien an seiner Firma zu beteiligen, wenn der Staat auch noch den Vermögenszuwachs seiner Leistung wieder abschöpft? Auch die private Pensionsvorsorge wird damit gefährdet, denn treffen wird diese Abgabe nur den schon längst aus dem letzten Loch pfeifenden Mittelstand. Die Großspekulanten mit ihren Firmenzentralen und Fondsgesellschaften werden es wieder einmal verstehen, sich schnellstens aus Österreich zu verabschieden. Im Sinne des Mittelstandes aber auch der Steuergerechtigkeit lehnt der RFW diese Beute-Steuer ganz entschieden ab und verlangt erneut die Einführung der fairen und aufkommensgerechten Flat-Tax in Österreich, wie dies in den Reformländern längst praktiziert wird, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 4. April 2008

RFW-Burgenland: Nivellierungspolitik für Koalitionseinigung**Utl.: Sozialistischer Klassenkampf als Mittel der Umverteilung**

Sehr heftig kritisiert der Landesobmann des RFW-Burgenland, Karl Simon, den erzielten Kompromiss der Regierungskoalition. Das Ergebnis sei ein einziger Anschlag auf die Leistungsträger in Österreich. Dass davon vor allem die Wirtschaftstreibenden betroffen sind, liegt auf der Hand.

Der Kompromiss sei eine sozialistische Umverteilung im marxistischen Klassenkampfstil, kritisiert der RFW heftig. Die Einführung einer Vermögenszuwachssteuer sei - mit der signalisierten Steuerleistung von 25 Prozent - nur ein (derzeit bagatellierter) Einstieg: Wenn die Mittel für die vorgegebene Gesundheitspolitik nicht reichen, kann man

ja nach Bedarf leichter wahllos erhöhen, ist sich der RFW sicher.

Der RFW warnt vor der Besteuerung bereits besteuert Vermögenswerte und fordert, dass im Gegensatz zu diesem Anschlag, endlich die völlig verkrusteten Strukturen der Gesundheitseinrichtungen, insbesondere auch der Krankenkassenverwaltungen, ihrer Bürokratie - und ihren pensionsprivilegien beseitigt werden.



OTS-Meldung, 26.3.2008



Rauchverbot: Entzündet sich an der nächsten Zigarette eine neuer Koalitionsstreit? Utl.: Herr und Frau Österreicher sind die Dauerdiskussion leid! Klare Entscheidungen sind gefordert!

Innerhalb der großen Koalition ist nach einem kurzen Waffenstillstand anscheinend wieder der offene Krieg ausgebrochen, denn nur so kann man die Forderung der SPÖ nach einem generellen Rauchverbot deuten: „Es ist ja ganz amüsant, dieses Hick Hack in den Reihen der schwarzen und roten Funktionäre mitzuverfolgen, nur leider gehen die unnötigen Diskussionen auf Kosten der heimischen Unternehmer, die sich langsam aber sicher gefrotzelt fühlen und das zu Recht“, so der WKÖ-Vizepräsident und stellvertretende Bundesobmann des RFW (Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger), Matthias Krenn, in einer ersten Reaktion.

Für Krenn ist es jetzt in erster Linie wichtig, dass in nächster Zeit endlich eine Entscheidung in Sachen Rauchverbot fällt: „Wir vom RFW sind nach wie vor für das Recht der freien Entscheidung, sprich, die Gastronomen sollen jeder für sich bestimmen können, ob sie ein Raucher- oder Nichtraucherlokal betreiben. Genauso können sich auch die Gäste frei entscheiden, in welchen Gaststätten sie ihre Zeit verbringen wollen!“

Wichtig für Vizepräsident Krenn ist es auch, dass sich die Sparte Tourismus innerhalb der Wirtschaftskammer

weiterhin vehement dafür einsetzt, dass den heimischen Touristikern nicht noch mehr Prügel, in Form von unnötigen Bestimmungen, vor die Beine geworfen werden: „Ich bin aber überzeugt, dass wir hier auf einem guten Weg sind.“

Dringend notwendig ist jetzt noch, dass auch die Regierungsvertreter endlich überein kommen, dass den Gastwirten in Punkto Raucher- oder Nichtraucherlokal die eigene Entscheidungsfreiheit eingeräumt wird, und auch die Roten damit endlich ihr etwas eingestaubtes Wirtschaftsdenken aus dem Gedankenkeller holen.

„Wir sollten uns alle gemeinsam dafür einsetzen, dass wir, in diesem rauchigen Durcheinander, die beste Lösung für die heimischen Wirtschaftstreibenden ausverhandeln,“ so Vizepräsident Krenn abschließend.

OTS-Meldung, 31.3.2008



Personelles: Verleihung des Kommerzialrattitels an Bundesvorstandsmitglied Hermann Fichtinger, RFW-Niederösterreich

Am 26. März 2008 fand die feierliche Überreichung des Dekrets im Bundeskanzleramt statt.

Der RFW-Niederösterreich, und allen voran sein Landesobmann KommR Walter Fischer, gratulieren Hermann Fichtinger zum Erhalt des Kommerzialrat-Titels: "Hermann Fichtinger, unser Jung-Kommerzialrat, ist ein niederösterreichischer Paradeunternehmer, der sich innerhalb des RFW und auch in der Wirtschaftskammer für die Anliegen und Sorgen seiner Mitstreiter vehement einsetzt. Wir sind sehr stolz darüber, dass der Berufstitel Kommerzialrat jetzt auch an unseren Kollegen Fichtinger verliehen wurde."

Bundeskanzler Gusenbauer persönlich überreichte Hermann Fichtinger, RFW-Ausschussmitglied im Landesgremium des Fahrzeughandels, Mitglied im Wirtschaftsparlament sowie Mitglied der Spartenkon-



ferenz Handel und Fachverbandsobmann-Stellvertreter im Fahrzeughandel die Auszeichnung.

Auch BO KommR Ing. Fritz Amann gratuliert im Namen des gesamten Bundesvorstandes und der Bundesgeschäftsstelle.



Wirtschaftsgespräche in den Bundesländern mit Abg. z. NR Bernhard Themessl Utl.: Präsentation des neuen Impulsprogramm - Wirtschaft

Abg. z. NR und Mitglied des RFW-Bundesvorstandes, Bernhard Themessl präsentiert im Zuge von Wirtschaftsgesprächen in den Bundesländern das neue Impulsprogramm - Wirtschaft.

Bereits in den Bundesländern Niederösterreich und Oberösterreich konnten interessierte RFW-Mitglieder und Interessenten mehr über das neue Wirtschaftsprogramm mit folgenden Schwerpunkten:

- Leistung muss sich wieder lohnen
- Beschäftigung steigern
- neue Wege der dualen Ausbildung
- mobiles Österreich statt Kostentreiberei
- u.v.m.

und folgenden einleitenden Worten erfahren:

Schlägt man den Wirtschaftsteil einer beliebigen Tageszeitung auf, so findet man, neben Berichten über allgemeine wirtschaftspolitische Tagesereignisse, fast ausschließlich solche über Großunternehmen. Egal, ob es sich um Pleiten oder Erfolge handelt. Im Mittelpunkt des medialen Interesses stehen österreichische und internationale Großunternehmungen.

Diese Art der Berichterstattung, die sicher auch das politische Interesse der Regierung sowie der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP widerspiegelt, täuscht aber ganz wesentlich über die Tatsache hinweg, dass der eigentliche Motor der heimischen Wirtschaft die

kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind. Sie bilden die Grundlage der Unternehmerlandschaft und haben damit wesentlichen Einfluss auf die Wirtschaftsstruktur. In diesen Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten, zu denen über 99 Prozent aller privaten Unternehmen in Österreich zählen, arbeiten rund 70 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen. Zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts wird von diesen Betrieben erwirtschaftet.



Allein diese Zahlen machen klar, welche enorme wirtschaftliche, aber auch soziale und gesellschaftliche Bedeutung die KMU in Wahrheit haben und wie stiefmütterlich sie im Vergleich zu Großunternehmen von Politik und Medien behandelt werden.

Das Impulsprogramm Wirtschaft mit Schwerpunkt KMU soll einen Beitrag dazu leisten, dass sich die unternehmerische Tätigkeit im Lande für kleine und mittlere Betriebe wieder lohnt und es Freude macht, Unternehmer zu sein oder zu werden.

Fordern Sie das Wirtschaftsprogramm bei uns in der Geschäftsstelle an: 01/4082520 bzw. per Fax unter 01/4082520-20 an!



Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at!
Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?
Mail an reinsperger@rfw.at bzw. 01/4082520-12

